

17.05.24

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Verordnung zur Änderung der Personalausweisverordnung, der Passverordnung, der Aufenthaltsverordnung sowie weiterer Vorschriften

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 16. Mai 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

nach eingehender Prüfung der vom Bundesrat beschlossenen Entschließung BR-Drs. 357/23(B) kommt das Bundesministerium des Innern und für Heimat zu dem Schluss, dass sowohl eine anteilige wie auch eine vollständige Übernahme der Kosten für den Direktversand aus Bundesmitteln nicht möglich ist.

Einer solchen Übernahme steht zum einen das Kostendeckungsprinzip des § 31 Absatz 2 Personalausweisgesetz entgegen, wonach die zu erhebende Gebühr die mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung verbundenen Kosten decken soll. Zum anderen stehen einer solchen Übernahme Gründe der Zuständigkeit entgegen, da die Gebühr unmittelbar bei Antragstellung in der zuständigen Behörde auf Landesebene erhoben und

siehe Drucksache 357/23 (Beschluss)

über die Bundesdruckerei GmbH vollständig an den Postzustelldienst abgeführt wird; der Bund ist in diesem Prozess nicht eingebunden, sodass ihm insoweit keine Zuständigkeit zukommt. Zuletzt wird darauf hingewiesen, dass auch aus haushälterischen Gründen eine Übernahme der Kosten nicht möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen
Johann Saathoff